

OFFENBACH · ASCHAFFENBURG · DARMSTADT · MAIN-KINZIG

Hahn und Molter suchen in Bursa Partnerregion

h.r. DARMSTADT. Darmstadts Schuldezernent Dierk Molter (FDP) hat sich gestern aus Bursa gemeldet. Er ist dort auf einer Dienstreise mit seinem Parteifreund Jörg-Uwe Hahn. Hessens Minister für Justiz, Integration und Europa sucht nach einer türkischen Provinz, mit der gemäß der Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP von 2009 eine Partnerschaft abgeschlossen werden könnte. Zu den möglichen Kandidaten gehört die Provinz Bursa. Sie liegt in der Westtürkei und hat die fast 1,5 Millionen Einwohner zählende Stadt Bursa als Hauptstadt.

Dass der Minister auf seine Partnerschaftssuche seinen Darmstädter Parteifreund mitgenommen hat, hat einen Grund: Darmstadt und Bursa sind seit 1971 verschwistert. Initiator der Städtepartnerschaft war Halit Cura, der damals in Darmstadt studierte und nach seiner Rückkehr in seine Heimatstadt einen deutsch-türkischen Verein gründete. In fast 40 Jahren ergaben sich vielfältige Beziehungen zwischen beiden Städten. Noch ist Hahn zufolge die Entscheidung nicht getroffen. Erst wollte er noch die Provinzen Adana und Antalya besuchen.

Angst wegen Gestank aus Kohlekraftwerk

höv. GROSSKROTZENBURG. Unter den Nachbarn des Kohlekraftwerks Staudinger in Großkrotzenburg hat ein ungewöhnlich starker Kohlegeruch Aufregung ausgelöst. Anwohner beschwerten sich gestern gegenüber dieser Zeitung über eine „übelriechende Kohle-Staubwolke“ und Brandgeruch, der Husten ausgelöst habe. Der Hanauer Oberbürgermeister Claus Kaminsky (SPD) forderte ein neues Sicherheitskonzept.

Die Sprecherin des Kraftwerks, Julia Katzenbach-Trosch, bestätigte auf Nachfrage, dass es zu einer starken Geruchsbelästigung gekommen sei, besonders am Wochenende. Durch die Hitze und starke Sonne habe sich die Kohle erwärmt, auf der offenen Halde und im neuen geschlossenen Kohlelager. Es habe sich aber kein Brand und keine Glut entwickelt und keine Explosionsgefahr bestanden. Bei einer Messung der Feuerwehr in der Wohnung einer Familie in Großauheim sei keine schädliche Konzentration von Schadstoffen festgestellt worden. Mitarbeiter des Kraftwerks hätten die Kohle und die Wände des Lagers mit Wasser gekühlt, so dass sich kein starker Geruch mehr entwickle.



Kunstwerk oder Klettergerüst: Der Kreis sieht Gefahr beim „Gewächshaus für Gedanken“.

Foto Rainer Wohlfahrt

Kompromiss im Streit um Skulptur aus Holz

Im Streit um die begehrte Skulptur „Gewächshaus für Gedanken“ in Gelnhausen haben sich der Main-Kinzig-Kreis und der Künstler Claus Bury auf einen Kompromiss geeinigt. Wie die Kreisverwaltung mitteilte, wird das fünf Meter hohe Holzkonstrukt am Ufer der Kinzig eingezäunt und ist nur noch unter Aufsicht bei Führungen und Veran-

staltungen zu besichtigen. Die Kreisverwaltung hat Bedenken wegen der Sicherheit. Wenn die filigrane Skulptur frei zugänglich sei, könnten Kinder darauf herumtornen und dabei zu Schaden kommen, befürchtet die Verwaltung. Der Streit um das Kunstwerk war Anfang des Monats ausgebrochen. Das Bauamt des Main-Kinzig-Kreises hatte Beden-

ken angemeldet und einen Bauantrag wie für ein Gebäude verlangt, um die Sicherheit des Kunstwerks prüfen zu können. Das „Gewächshaus für Gedanken“ stand allerdings schon in Städten wie Bonn und Nürnberg und wurde dort von Tausenden Menschen besichtigt, bevor es in Burys Heimatstadt Gelnhausen aufgebaut wurde. (höv.)

Holzkonstruktion statt Stahlbau

Die Firma Josera Tierernährung baut in Kleinheubach ein 30 Meter hohes, automatisch betriebenes Hochregallager komplett aus Holz

as. KLEINHEUBACH. Ein einzigartiges Bauwerk entsteht derzeit in Kleinheubach. Die Firma Josera Tierernährung, die zu Europas führenden Mineralfuttermittelherstellern zählt, errichtet im Industriegebiet ein Hochregallager, das nicht nur wegen seiner gewaltigen Ausmaße von 77 Metern Länge, 32 Metern Breite und einer Höhe von 30 Metern Aufmerksamkeit erregt, sondern vor allem wegen seines Materials zukunftsweisend ist. Denn das automatisch betriebene Hochregallager wird das erste in Deutschland sein, das komplett aus Holz gefertigt wird.

Weltweit sei es das Einzige aus Holz mit drei integrierten Kommissioniertunneln, in denen computergesteuerte Maschinen die Paletten nach den Kundenwünschen zusammenstellen, sagte der Fachplaner für Logistiksysteme, Hans-Jürgen Luy, beim symbolischen Spatenstich. Er sprach von einer „Weltpremie-

re“, da vergleichbare Lagersysteme bisher immer in Stahl erstellt worden seien. Das Holzhochregallager hat eine Kapazität von 9200 Palettenstellplätzen. Lieferant ist die Firma Hess Timber aus Kleinheubach, die zu den führenden deutschen Brettschichtholz-Anbietern gehört. Josera-Geschäftsführer Burkard Erbacher nannte es einen Glücksfall, dass sich das Unternehmen in unmittelbarer Nähe befindet. Während Hess Timber das Material liefert, ist die Firma Althoff aus Meschede als Generalunternehmer für den Bau verantwortlich.

Das Hochregallager ist Teil des Ausbaus und der Modernisierung des 1941 gegründeten Familienbetriebs, der äußerst erfolgreich ist. Neben dem bestehenden Werk entsteht ein neues Logistikzentrum mit Lager, Verladehof und einer Verladehalle, die im Obergeschoss Platz für Sozialräume und eine Cafeteria bietet. Die Fertigstellung des Hochregallagers ist für April 2011 vorgesehen. Die Logistikhalle soll im Oktober nächsten Jahres in Betrieb gehen. Voraussichtlich 2013 wird Josera eine neue Produktionsstätte für Heimtierernährung bauen, um auch die steigende Nachfrage nach Hunde- und Katzenfutter befriedigen zu kön-

nen. Bevor die Arbeiter jedoch mit dem Neubau des Logistikzentrums beginnen können, ist eine Spezialfirma seit gestern damit beschäftigt, 120 Löcher elf Meter tief durch den schwammigen Untergrund zu bohren und diese mit Beton auszufüllen. Auf den Säulen wird später eine 60 Zentimeter dicke Betonplatte aufgebracht, die das Fundament des Regallagers bildet.

Erbacher zeigte sich überzeugt davon, dass die Holzkonstruktion die technischen, hygienischen und brandschutzrechtlichen Anforderungen sogar besser erfüllen könne als ein Hochregallager aus Stahl. Nach seinen Worten ist die Feuerwiderstandskraft von Holz wesentlich höher als bei Stahl. Zudem lasse es größere Spannweiten zu als Stahlbeton.

Dass sich Josera für Holz entschieden hat, hat mit den Leitlinien des Unternehmens zu tun. Dort ist festgelegt, „dass unsere Verantwortung für die Schöpfung durch nachhaltiges Handeln sichtbar werden soll“. Schon vor der BSE-Krise oder Lebensmittelkandalen setzte der Betrieb auf Qualität, Verbraucherschutz und Offenheit. Josera verzichtete 1994 als einziger Futtermittelhersteller freiwillig in allen Futtermitteln auf den Zusatz

Gegenseitige Ablehnung

Genosse droht mit eigener SPD-Liste

as. ASCHAFFENBURG. Der SPD-Ortsvereinsvorsitzende Christoph Schwandt lehnt die Unterbezirksvorsitzende Karin Pranghofer als Vermittlerin im parteiinternen Streit ab. Sie habe vor anderthalb Jahren schon einmal zu vermitteln versucht, ohne Erfolg, sagte Schwandt. Er schlug stattdessen den stellvertretenden SPD-Landesvorsitzenden Ewald Schurer vor. Pranghofer äußerte sich nicht zu der Auseinandersetzung unter den Genossen. „Ich will die Debatte nicht in der Öffentlichkeit führen“, sagte sie und forderte den Vorsitzenden des mitgliederstärksten Ortsvereins auf, seine Vorschläge in den Parteigremien einzubringen.

Wie berichtet, nimmt dieser seit anderthalb Jahren nicht mehr an den Sitzungen des Kreis-ausschusses teil. Schwandt lehnt eine Mitarbeit in dem Gremium ab, das in den Parteistatuten nicht vorgesehen ist und seine Legitimation aus der Satzung der Aschaffenburger SPD bezieht. Er sieht die Innenstadt-SPD benachteiligt, da der Kreis-ausschuss nicht die Größenverhältnisse in den Ortsvereinen widerspiegeln. Schwandt verlangt eine Strukturreform. Nach seinen Vorstellungen sollte es nur noch einen Stadtverband geben. Die Ortsvereine könnten bestehen bleiben. Schwandt sagte gestern, er habe seit Jahren seine Kritik vorgebracht, sei aber immer auf taube Ohren gestoßen. Sollte sich in der Aschaffenburger SPD nichts ändern, werde die SPD-Stadtmitte 2014 mit einer eigenen Liste antreten. Dies sei die „Ultima Ratio“.

Amtliche Bekanntmachungen	
Oberursel	
<p>Amtliche Bekanntmachung</p> <p>Nachstehende Anordnung des Bundesministeriums der Verteidigung wird hiermit gemäß § 4 der Hauptsatzung der Stadt Oberursel (Taunus) zuletzt geändert am 14. 7. 2006 mit Bekanntmachung vom 20. 7. 2006, veröffentlicht.</p> <p>Bundesministerium der Verteidigung</p> <p style="text-align: right;">HERBSTAG 2011 STADT OBERURSEL TAUNUS</p> <p style="text-align: center;">Anordnung Aufhebung einer Schutzbereichsanordnung</p> <p>Mit Anordnung vom 28. 1. 1977, U I 5 – Anordnung – Nr. IV/215/US, diese letztmalig aufrechterhalten mit Anordnung vom 15. 4. 1999, BMVg – WV III 6 – Anordnung Nr. IV/215/US/3, wurde ein Gebiet in der</p> <p>Stadt Oberursel, Stadtteil Oberursel, Stadtteil Oberstdten, Stadt Bad Homburg v.d.Höhe, Stadtteil Bad Homburg, Stadtteil Dornholzhausen, Stadt Königstein im Taunus, Stadtteil Falkenstein, Gemeinde Neu-Anspach, Ortsteil Anspach, Gemeinde Schmitten, Ortsteil Arnoldshain, Hochtaunuskreis, Land Hessen zum Schutzbereich für die Verteidigungsanlage Oberursel erklärt.</p> <p>Diese Anordnung wird auf Grund des § 2 Abs. 5 des Gesetzes über die Beschränkung von Grundeigentum für die militärische Verteidigung (Schutzbereichsgesetz) vom 7. 12. 1956 (BGBl. I, S. 899), zuletzt geändert durch Art. 2 Abs. 11 des Gesetzes zur Novellierung des Verwaltungszustellungsrechts vom 12. August 2005 (BGBl. I, S. 2354), mit sofortiger Wirkung aufgehoben.</p> <p>Im Auftrag Gez. Jürgens Gz. W IV 8-Anordnung-Nr. IV/215/US/4; Bonn, 26. November 2009.</p> <p>Oberursel (Taunus), 13. 7. 2010</p> <p>Dieter Rosentreter Erster Stadtrat</p>	

<p>Amtliche Bekanntmachung</p> <p>Inkrafttreten der Ergänzungssatzung „Freiligrathstraße“ in Oberursel (Taunus) nach § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 i.V.m. Abs. 6 und § 10 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB)</p> <p style="text-align: right;">HERBSTAG 2011 STADT OBERURSEL TAUNUS</p> <p style="text-align: center;">--- Geltungsbereich der Ergänzungssatzung "Freiligrathstraße"</p>	
--	--

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 02.06.2010 die Ergänzungssatzung „Freiligrathstraße“ gemäß § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 BauGB als Satzung beschlossen.

Die Ergänzungssatzung „Freiligrathstraße“ tritt nach § 10 Abs. 3 BauGB mit dieser Bekanntmachung in Kraft und wird mit Begründung und Textfestsetzungen im Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Rathausplatz 1, 61440 Oberursel (Taunus), Gebäude A, 4. Obergeschoss, Info-Center, während der Sprechzeiten zu jedermanns Einsicht bereitgehalten.

Über Inhalt der Satzung und Begründung wird auf Verlangen Auskunft gegeben.

Sprechzeiten des Geschäftsbereiches Stadtentwicklung:

Montag bis Freitag 7.30 bis 12.00 Uhr

Montag und Donnerstag 14.00 bis 18.00 Uhr

Im Übrigen weisen wir auf folgende Bestimmungen des Baugesetzbuches (BauGB) hin:

§ 215 Abs. 1 BauGB:

Unbeachtlich werden:

- eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
- eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und
- nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Flächennutzungsplans oder der Satzung schriftlich gegenüber der Gemeinde unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Satz 1 gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2 a BauGB beachtlich sind.

§ 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB:

Der Entschädigungsberechtigte kann Entschädigung verlangen, wenn die in den §§ 39 bis 42 BauGB bezeichneten Vermögensschäden eingetreten sind. Er kann die Fälligkeit des Anspruchs dadurch herbeiführen, dass er die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungspflichtigen beantragt.

§ 44 Abs. 4 BauGB:

Ein Entschädigungsanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahrs, in dem die in Abs. 3 Satz 1 bezeichneten Vermögensschäden eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruchs herbeigeführt wird.

Satzungsbeschluss der Kostenerstattungssatzung gemäß § 5 Hessische Gemeindeordnung (HGO): Satzungsbeschluss der baurechtlichen Festsetzungen gemäß § 81 Hessische Bauordnung (HBO)

Die Kostenerstattungssatzung zur Ergänzungssatzung „Freiligrathstraße“ und die baurechtlichen Festsetzungen unter dem § 5 der textlichen Festsetzungen wurden gemäß § 5 HGO und § 81 HBO von der Stadtverordnetenversammlung am 02.06.2010 als Satzung beschlossen. Hinsichtlich der Einsichtnahme gelten die vorgenannten Regelungen. Die baurechtlichen Festsetzungen werden gemäß § 9 Abs. 4 BauGB Bestandteil der Erhaltungssatzung „Freiligrathstraße“.

Wir weisen auf folgende Bestimmungen der Hessischen Bauordnung (HBO) hin:

§ 81 Abs. 4 Satz 3 bis 6 HBO:

Eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften sowie Mängel der Abwägung sind unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind; der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründet, soll, ist darzulegen. Mängel der Satzung, die nicht nach Satz 3 unbeachtlich sind und die durch ein ergänzendes Verfahren behoben werden können, führen nicht zur Nichtigkeit. Bis zur Behebung der Mängel entfällt die Satzung keine Rechtswirkungen. Die Satzung kann auch mit Rückwirkung erneut in Kraft gesetzt werden.

Oberursel (Taunus), den 12.07.2010

Der Magistrat

Im Auftrag

Stephan

Schulgebäude im Wert von 348,8 Millionen Euro

Eröffnungsbilanz des Kreises weist einen Fehlbetrag von fast 69 Millionen Euro aus / 750 Grundstücke bewertet

es. KREIS OFFENBACH. Der Kreis Offenbach hat seine Eröffnungsbilanz vorgelegt und weist darin einen Fehlbetrag von 68,8 Millionen Euro aus, der nicht durch Eigenkapital gedeckt wird. Auf 838,8 Millionen Euro beläuft sich die Bilanzsumme zum Stichtag 1. Januar 2008. Damals hatte sich der Kreis von den bislang üblichen kameralistischen Haushaltsplänen verabschiedet und erstmals einen doppischen Wirtschaftsplan vorgelegt.

Seither wurde an der Eröffnungsbilanz gearbeitet. Bei allen Ansätzen sei man dem Vorsichtsprinzip gefolgt, hoben Landrat Oliver Quilling (CDU) und der hauptamtliche Kreisbeigeordnete Carsten Müller (SPD), der auch Kämmerer ist, gestern hervor. Nur so sei man auch künftig vor umfangreichen Wertkorrekturen geschützt. Die Finanzlage vor zweieinhalb Jahren werde realistisch wi-

dergespiegelt. Die Zahlen der Eröffnungsbilanz und der hohe Fehlbetrag belegen nach Müllers Worten eines: „Für unsere Aufgaben bekommen wir nicht die ordentliche Finanzierung, die wir brauchen.“ Die Revision beim Kreis arbeitet derzeit an einem Prüfbericht zur Eröffnungsbilanz. Im November soll der Kreistag darüber beschließen.

Alle Vermögenswerte und Beteiligungen des Kreises seien für die Eröffnungsbilanz festzustellen und zu beziffern gewesen, was Monate in Anspruch genommen habe, so Quilling. Allein beim Anlagevermögen mussten die Mitarbeiter mehr als 250 Lizenzen für Software, etwa 750 Grundstücke, 500 Schulgebäude, 750 Hardwre-Vermögenswerte und mehr als 3800 bewegliche Vermögensgegenstände erfassen. Das Beratungsunternehmen Schüllermann Consulting GmbH begleitete den Prozess. Nun ken-

ne man alle Vermögenswerte und Schulden im Detail, sagte Müller.

Auf 165 Millionen Euro summiert sich auf der Aktivseite der Wert der Schulgrundstücke; für die Schulgebäude, die jüngst saniert wurden und sich in gutem Zustand befinden, mit ihren Außenanlagen wurden 348,8 Millionen Euro veranschlagt. Die Kreisstraßen sind mit 24,6 Millionen Euro bei den Sachanlagen enthalten. Bei den Finanzanlagen fallen die Kreisversorgungs-beteiligungsgesellschaft (KVVBG), aber auch die Beteiligung des Kreises an der Sparkasse Langen-Seligenstadt ins Gewicht. Insgesamt kommt der Kreis hier auf ein Vermögen von 94,4 Millionen Euro.

Auf der Passivseite schlagen die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen mit 573,7 Millionen Euro als größte Position zu Buche. Die sonstigen Verbindlichkeiten werden auf 129,5 Millionen

Euro beziffert. Dazu gehören verschiedene Aufwendungen für den Schulsektor, aber auch zur Finanzierung der „Public Private Partnership“ mit SKE und Hoch-tief.

Forderungen an Sozialhilfeempfänger, die Darlehen erhielten, diese aber nicht zurückzahlen können, wurden von elf Millionen Euro auf einen Euro wertberichtigt. Bei der Sparkasse Langen-Seligenstadt ist der Kreis Gewährsträger gemeinsam mit zwölf Kreiskommunen; für die Beteiligung werden daher nur 56,6 Millionen Euro ausgewiesen. Andere Kreise, in denen es Kreissparkassen gibt, können höhere Beteiligungswerte in ihrer Bilanz verankern, was den Fehlbetrag verringert: So fließt in die Bilanz des Hochtaunuskreises ein Wert von 133 Millionen Euro aus der dortigen Sparkassenbeteiligung ein. Im Ergebnis entsteht dadurch sogar ein Bilanzüberschuss.

Darmstadt: Seniorentag im September

h.r. DARMSTADT. Stadt und Seniorenrat veranstalten auch in diesem Jahr wieder einen Seniorentag. Er findet am 4. September abermals im Wissenschafts- und Kongresszentrum statt. Wie Sozialdezernent Jochen Partsch (Die Grünen) und die Vorsitzende des Seniorenrates, Irmgard Klaff-Isselmann, mitteilten, lautet der Themenschwerpunkt dieses Jahr „Bewegung und Sport im Alter“. Vorträge werden Einblicke bieten, wie Sport betrieben werden kann, und dazu einladen, es auch gleich auszuprobieren. Parallel zu den Vorträgen und einer Ausstellungen findet ein Fachforum mit dem Titel „Leben in Darmstadt – alt werden im Quartier“ statt. In Darmstadt ist jeder fünfte Bürger älter als 60 Jahre, mehr als 26 000 Menschen haben das 65. Lebensjahr bereits überschritten.

Basaltsteine für die Schlosstraße

Umbau soll bis zum Dezember dauern

es. OFFENBACH. Die nördliche Schlosstraße, eine wichtige Verbindung zwischen Innenstadt und Main, wird von heute an umgebaut. Dies soll dazu beitragen, die Umgebung der Hochschule für Gestaltung aufzuwerten. Das für den Schlosplatz ausgewählte Pflaster wird auf den Gehweg in Schloß- und Mainstraße sowie auf die Fahrbahn von Schlosstraße und Ludo-Mayer-Straße übertragen. Auf diese Weise sollen Straße und Platz vor dem Schloss als einheitliche Fläche wirken.

Für die Arbeiten am Schlosplatz und an der Ludo-Mayer-Straße ist das Land, für die Schlosstraße und die Kreuzung zur Mainstraße die Stadt zuständig. Vor zwei Jahren hatte die Stadt schon den

Abschnitt zwischen Berliner Straße und Unterführung neu gestaltet, was damals 641 000 Euro kostete. Für den zweiten Bauabschnitt sind 929 000 Euro aufzubringen; auch hierfür gibt es Zuschüsse vom Land.

Vorgesehen ist, die Schlosstraße und ihre beiden Gehwegseiten zu erneuern und mit Basaltnatursteinen zu pflastern. Die Fahrbahn wird anschließend nur noch sechs Meter breit sein. In der Mainstraße wird unter anderem eine neue Deckschicht aufgebracht. Die Bauarbeiten nehmen jeweils eine Hälfte der Schlosstraße in Anspruch; die wird daher zur Einbahnstraße stadtauswärts. Im Dezember soll der Umbau beendet sein.

Ausstellung über Wolfgang Steinecke

h.r. DARMSTADT. Das internationale Musikinstitut lädt zu einer Ausstellung über den Gründer der „Internationalen Ferienkurse für Neue Musik“, den früheren Kulturreferenten Wolfgang Steinecke. Anlässlich dessen 100. Geburtstages werden vom 15. Juli an im Kundencenter der Sparkasse am Luisenplatz neu aufgefundene Quellen gezeigt, mit dem sich die zentralen Wendepunkte im musikalischen Denken Steineckes nachzeichnen lassen. Die Ausstellung, die von dem Berliner Musikwissenschaftler Michael Custodis kuratiert wird und bis 2. August zu sehen ist, gibt Einblicke in dessen Kindheit und Jugend in Essen, seine Studienzeit in Kiel bis hin zu seiner Tätigkeit in Darmstadt und der Entstehung der Ferienkurse.